

Beschlussvorlage

2023/GVKn/106

öffentlich

Gemeinde Knorrendorf

Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Knorrendorf für das Haushaltsjahr 2023

<i>Organisationseinheit:</i> Kämmerei <i>Bearbeiter:</i> Katrin Stegemann	<i>Datum:</i> 10.05.2023 <i>Einreicher:</i>
--	---

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Gemeindevertretung Knorrendorf (Entscheidung)	23.05.2023	Ö

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung beschließt die anliegende Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Gemeinde Knorrendorf für das Haushaltsjahr 2023 und Folgejahre.

Anlage: Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Knorrendorf 2023 – 2026

Sachverhalt

Erläuterung siehe Haushaltssicherungskonzept

Finanzielle Auswirkungen:

Ja	Nein		
1. Gesamtkosten der Maßnahmen (Beschaffungs-/ Herstellungskosten) €	2. Jährliche Folgekosten/ - lasten €	3. Finanzierung/ Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf) €	4. Einmalige oder jährliche laufende Haushaltsbelastung (Mittelabfluss, Kapitaldienst, Folgelasten ohne kalkulatorische Kosten) €
Veranschlagung im Ergebnishaushalt im HH-Jahr: Sachkonto:	Veranschlagung im Finanzhaushalt im HH-Jahr: Finanzkonto:		Keine Veranschlagung

Anlage/n

1	HSK Knorrendorf (öffentlich)
---	------------------------------

Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Knorrendorf

2023 – 2026

Inhalt

1. Gesetzliche Grundlagen	1
2. Darstellung der aktuellen Haushaltslage	1
2.1. Haushaltssatzung 2023	1
2.2. Entwicklung der Haushaltswirtschaft	3
3. Analyse und Ursachen der Haushaltssituation	4
3.1 Entwicklung Einwohner.....	4
3.2. Schlüsselzuweisungen.....	5
3.3. Entwicklung Amtsumlage und Kreisumlage	6
3.4. Einführung des NKHR M-V	6
3.5. Entwicklung der Realsteuern	7
3.5.1. Gewerbesteuer	7
3.5.2. Grundsteuer A und B	8
3.6. Anpassung der Hebesätze für die Realsteuern	8
4. Zielsetzung, Bindungswirkung und Handlungsfelder	10
4.1. Zielsetzung	10
4.2. Bindungswirkung.....	10
4.3. Handlungsfelder	11
5. Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung	12
5.1. Umsetzung der Konsolidierungsvorschläge 2021/2022	13
5.1.1. Erträge und Einzahlungen.....	13
5.1.2. Aufwendungen und Auszahlungen	15
5.2. Neue Konsolidierungsvorschläge.....	16
5.2.1. Erträge und Einzahlungen.....	17
5.2.2. Minderaufwendungen und -auszahlungen.....	19
5.3. Konsolidierungseffekte bis 2026	21
6. Fazit und Ausblick.....	22

1. Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 43 Abs. 1 KV M-V hat die Gemeinde Knorrendorf ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben unter Beachtung der Generationengerechtigkeit nachhaltig gesichert ist.

Der Ergebnishaushalt und der Finanzhaushalt sind in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung auszugleichen (Haushaltsausgleich gem.§ 43 Abs. 6 KV M-V).

Kann der Haushaltsausgleich nach Absatz 6 trotz Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten sowie Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten nicht erreicht werden, ist ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen, in dem die Ursachen für den unausgeglichenen Haushalt beschrieben und Maßnahmen dargestellt werden, durch die der Haushaltsausgleich und eine geordnete Haushaltswirtschaft auf Dauer sichergestellt werden. Der Zeitraum, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich erreicht werden soll, ist zu benennen.

Mit dem Schreiben des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg - Vorpommern vom 26.09.2022 und der Aktualisierung vom 25.11.2022, Orientierungsdaten zum Kommunalen Finanzausgleich 2023 für die Haushaltsplanung 2023, wurden die Grundlagen für die Planung des Haushaltsjahres 2023 und teilweise der Folgejahre bekanntgegeben.

2. Darstellung der aktuellen Haushaltslage

2.1. Haushaltssatzung 2023

Die Aufstellung des Haushaltes 2023 erfolgte auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) vom 25.02.2008 (GVOBl. M-V S. 34), zuletzt geändert durch Art. 13 der Verordnung vom 09.04.2020 (GVOBl. M-V S. 166, 181) und des Orientierungsdatenerlasses vom 26.09.2022 und dessen Aktualisierung vom 25.11.2022 sowie den Zuarbeiten der Ämter der Amtsverwaltung Stavenhagen.

Trotz umfangreicher Sparmaßnahmen und der bereits eingearbeiteten Konsolidierungsmaßnahmen dieses Konzeptes gelang die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes (weder Ergebnis- noch Finanzhaushalt) für das Haushaltsjahr 2023 und Folgejahre nicht:

Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt ist nach § 16 Abs. 2 GemHVO-Doppik unter Berücksichtigung von vorzutragenden Beträgen aus Haushaltsvorjahren ausgeglichen, wenn kein negativer Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen besteht.

Der Finanzhaushalt weist im Haushaltsjahr 2023 unter Berücksichtigung von vorzutragenden Beträgen ein Saldo von 324.897 € aus.

Finanzhaushalt	2023
	in €
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	595.797
Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen	-228.200
Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen	42.700
Haushaltsausgleich Finanzhaushalt	324.897
Fehlbetrag ohne Haushaltsvorjahre	-270.900

Ergebnishaushalt

Nach § 16 Absatz 1 GemHVO-Doppik ist der Haushalt in der Planung ausgeglichen, wenn der Ergebnishaushalt unter Berücksichtigung von noch nicht ausgeglichenen Fehlbeträgen aus Haushaltsvorjahren mindestens ausgeglichen ist. Bei der Ermittlung des Haushaltsausgleiches sind Fehlbeträge aus Haushaltsjahren mit einer kamerale Rechnungslegung nicht zu berücksichtigen. Der Ergebnishaushalt weist im Jahr 2023 einen Fehlbetrag von 305.800 € aus. Der Fehlbetrag beträgt unter Berücksichtigung der Vorträge aus Vorjahren 189.274 €.

Der Ergebnishaushalt der Gemeinde Knorrendorf weist in 2021 einen positiven Betrag, bis zum Jahr 2026 jeweils einen negativen Betrag aus. Damit kann der Vermögensverzehr aus der Abnutzung des Anlagevermögens nicht erwirtschaftet werden. Die Gemeinde Knorrendorf wird voraussichtlich den Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt gemäß § 16 GemHVO-Doppik M-V bis 2026 nicht erzielen.

Lfd. Nr.		Jahr	Jahresergebnis	Jahresergebnis je Einwohner (Stand 31.12.2021)
			(in €)	
		1	2	3
1.	Aus Haushaltsjahren vorzutragende Beträge			
1.1.	weitere Haushaltjahre Ergebnis in Summe	vor 2021	359.280,44	650,87
1.2.	2. Haushaltsvorjahr (vorläufiges Ergebnis)	2021	81.146,03	153,69
1.3.	1. Haushaltsvorjahr (Plan)	2022	-323.900	-613,45
2.	Ansatz des Haushaltsjahres	2023	-305.800	-579,17
3.	Summe/Saldo zum Ende des Haushaltsjahres	2023	-189.274	-358,47

2.2. Entwicklung der Haushaltswirtschaft

Am Ende des Finanzplanungszeitraums beträgt der Fehlbetrag inkl. Vorträgen 344.974 €. Die Verluste konnten mit der zweckgebundenen Kapitalrücklage aus investiven Schlüsselzuweisungen gemäß § 18 Absatz 2 GemHVO-Doppik nicht kompensiert werden. Insoweit ist im laufenden Haushaltsjahr der Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt nicht, jedoch zum Ende des Finanzplanungszeitraumes gegeben. Für die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2026 ergibt sich folgendes Bild:

Lfd. Nr.		Jahr	Jahresergebnis	Jahresergebnis je Einwohner (Stand 31.12.2021)
			(in €)	
		1	2	3
4.	Ansätze der Haushaltsfolgejahre			
4.1.	1. Haushaltsfolgejahr	2024	-61.800	-117,05
4.2.	2. Haushaltsfolgejahr	2025	-52.000	-98,48
4.3.	3. Haushaltsfolgejahr	2026	-41.900	-79,36
5.	Summe/Saldo zum Ende des Haushaltsjahres	2026	-344.974	-653,36

Der Ergebnishaushalt weist in den Jahren 2023 bis 2026 einen Jahresfehlbetrag vor Veränderung der Rücklagen von durchschnittlich 115.380 € aus.

Durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage kann der Jahresfehlbetrag nur geringfügig gesenkt werden. Bei der Entnahme aus der Kapitalrücknahme handelt es sich um Beträge, die der Kapitalrücklage aus investiv gebundenen Zuweisungen ab dem 1. Januar 2008, frühestens ab dem Zeitpunkt der Umstellung auf die Doppik, zugeführt worden sind. Diese können gemäß § 18 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO-doppik zur Deckung von Jahresfehlbeträgen eingesetzt werden, soweit sie durch planmäßige Abschreibung auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens entstanden sind, den Abschreibungen keine korrespondierenden Erträge durch die Auflösung von Sonderposten zum Anlagevermögen gegenüberstehen und das Eigenkapital durch die Entnahme innerhalb des Finanzplanungszeitraumes nicht negativ wird.

Sowohl der Jahresfehlbetrag, als auch die Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage aus investiv gebundenen Zuweisungen (Konto 4922) verringern das Eigenkapital der Gemeinde Knorrendorf, welches gemäß Haushaltssatzung 2023 zum 31.12.2023 voraussichtlich bei 918.165 € liegt. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Gemeinde Knorrendorf über ein strukturelles Defizit im Ergebnishaushalt verfügt, das im Rahmen der Haushaltskonsolidierung abzubauen ist.

Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt stellt die Investitions- und Finanzierungstätigkeit der Gemeinde Knorrendorf dar und bestimmt, ob sie ihren Zahlungsverpflichtungen dauerhaft nachkommen kann. Gleichzeitig gibt der Finanzhaushalt Auskunft über den Kreditbedarf der Gemeinde und liefert die wichtigsten Daten für die Finanzstatistik. Im Haushalt 2023 weist der Finanzhaushalt der Gemeinde Knorrendorf einen Fehlbetrag von 270.900 € aus. Dieser wird in die folgenden

Haushaltsjahre übertragen und erschwert dadurch zusätzlich den Haushaltsausgleich. Ursächlich für dieses Defizit ist im Wesentlichen der negative Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus der Verwaltungstätigkeit der Gemeinde.

Finanzhaushalt	2023	2024	2025	2026
	in €			
Saldo laufende Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	595.797	324.897	297.397	278.897
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (ohne Tilgung)	-228.200	15.800	25.600	35.700
Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen	42.700	43.300	44.100	45.000
Haushaltsausgleich Finanzausgleich	324.897	297.397	278.897	269.597
Strukturelles Defizit	-270.900	-27.500	-18.500	-9.300
	Ø -81.550			

3. Analyse und Ursachen der Haushaltssituation

Im Haushaltsjahr 2012 erfolgte der Umstieg des Rechnungswesens auf kommunale Doppik. Bei der Analyse der Haushaltssituation der Gemeinde konnte ein Vergleich mit den kameralen Daten der Haushaltsvorjahre nicht immer vorgenommen werden, da sich die kameralen Ansätze mit den Ansätzen der doppischen Produktsachkonten nur bedingt vergleichen lassen.

3.1 Entwicklung Einwohner

Die Einwohnerzahl der Gemeinde Knorrendorf ist in den Jahren 2015 – 2021 rückläufig.

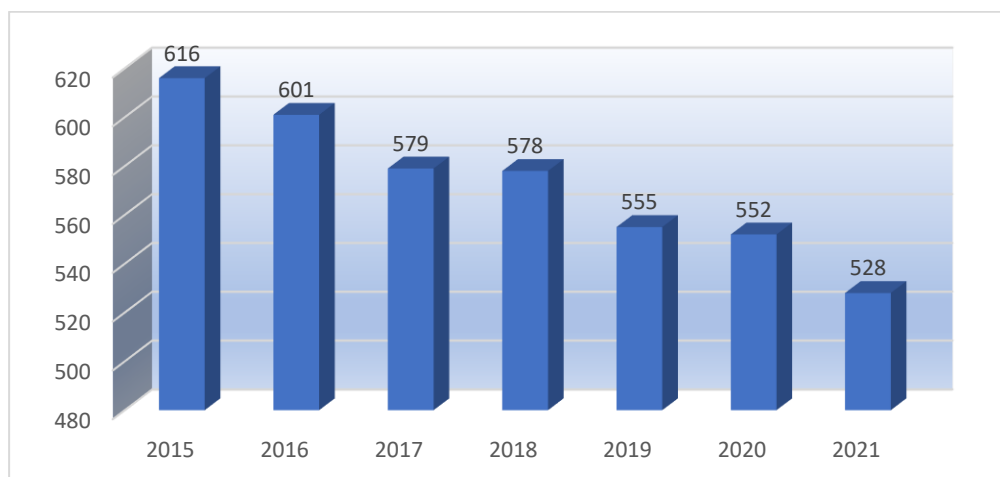
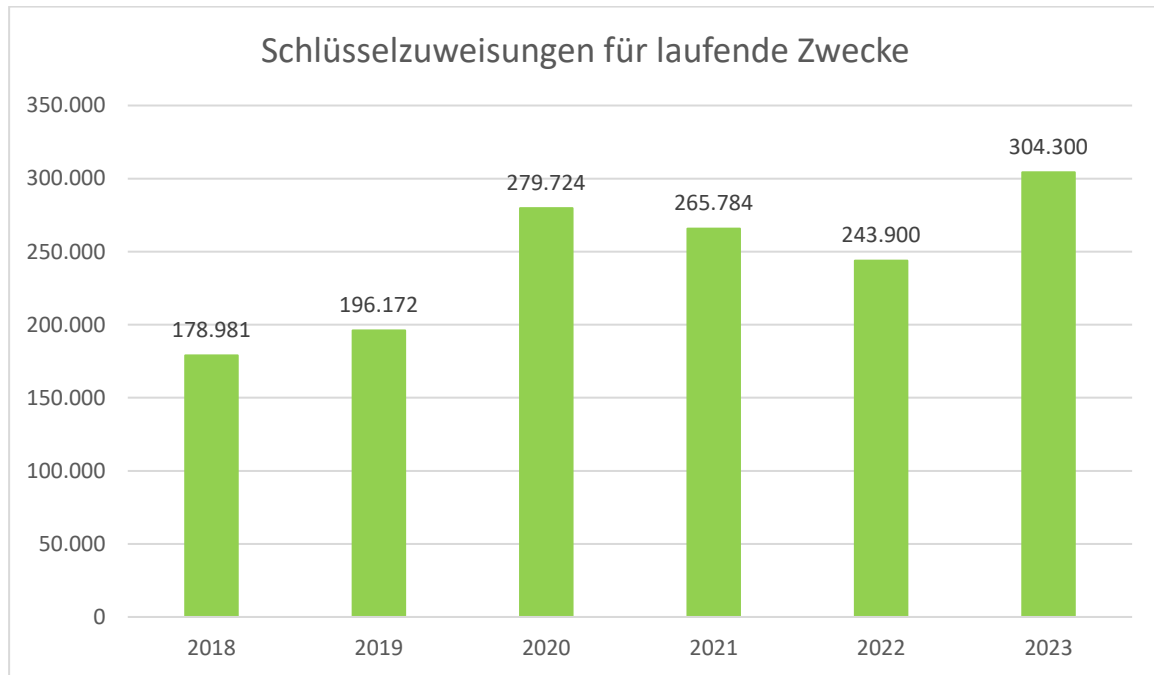


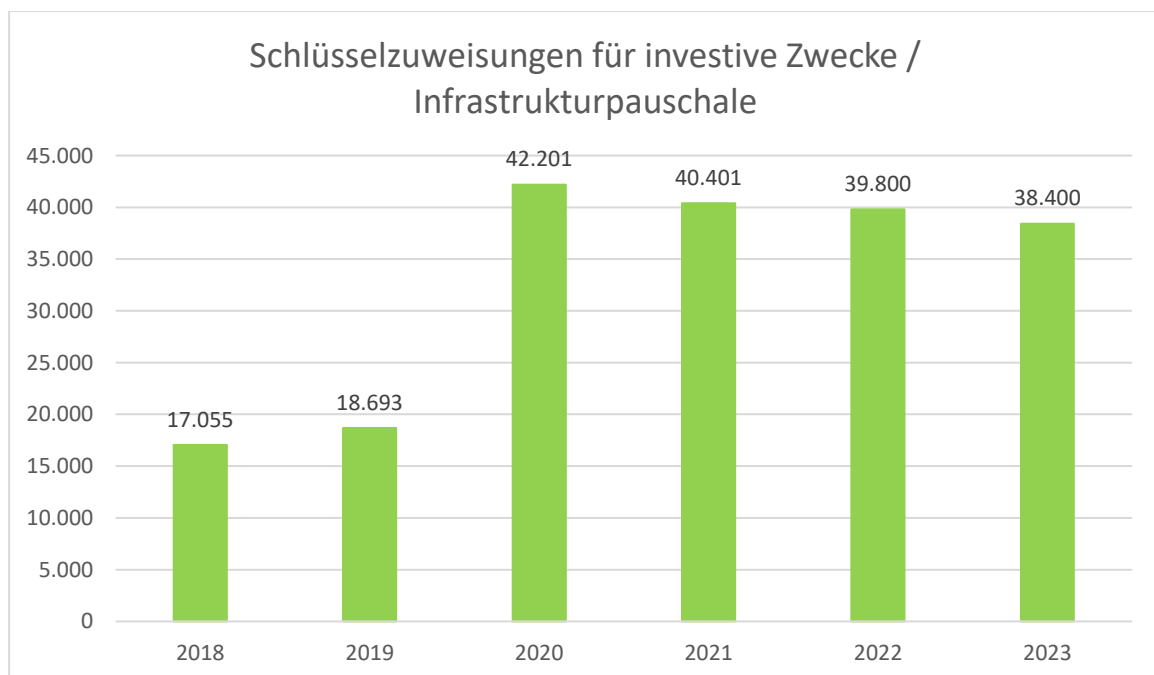
Abbildung: Einwohnerzahl der Gemeinde Knorrendorf zum 31.12.

3.2. Schlüsselzuweisungen

Schlüsselzuweisungen sind Finanzausstattungen des Landes an die kreisangehörigen Gemeinden, die kreisfreien Städte und die Landkreise. Sie dienen dazu, die Kommunen mit finanziellen Mitteln auszustatten, die Finanzausstattung steuerschwacher und steuerstarker Kommunen anzunähern und die Kommunen gegen Schwankungen der Einnahmen abzusichern. Schlüsselzuweisungen dienen der Verringerung der Steuerkraftunterschiede zwischen den Kommunen. Die Höhe der Schlüsselzuweisungen an die Gemeinde Knorrendorf bemisst sich im Verhältnis zu den anderen kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten nach ihrer Steuerkraft und ihrem auf die Einwohner errechneten Finanzbedarf.



Die Schlüsselzuweisungen der Gemeinde Knorrendorf sind gegenüber 2022 um rund 60.400 € gestiegen.



Mit der Neufassung des Finanzausgleichgesetz (FAG) fallen die investiven Schlüsselzuweisungen ab dem Jahr 2020 weg. Die Gemeinden erhalten zukünftig Zuweisungen für die Infrastruktur die sowohl für laufende Unterhaltungsmaßnahmen als auch für Investitionen eingesetzt werden können. Im Jahr 2023 erhält die Gemeinde Knorrendorf eine Zuweisung in Höhe von 38.400 € für laufende Zwecke. Die Verbuchung erfolgt nicht investiv.

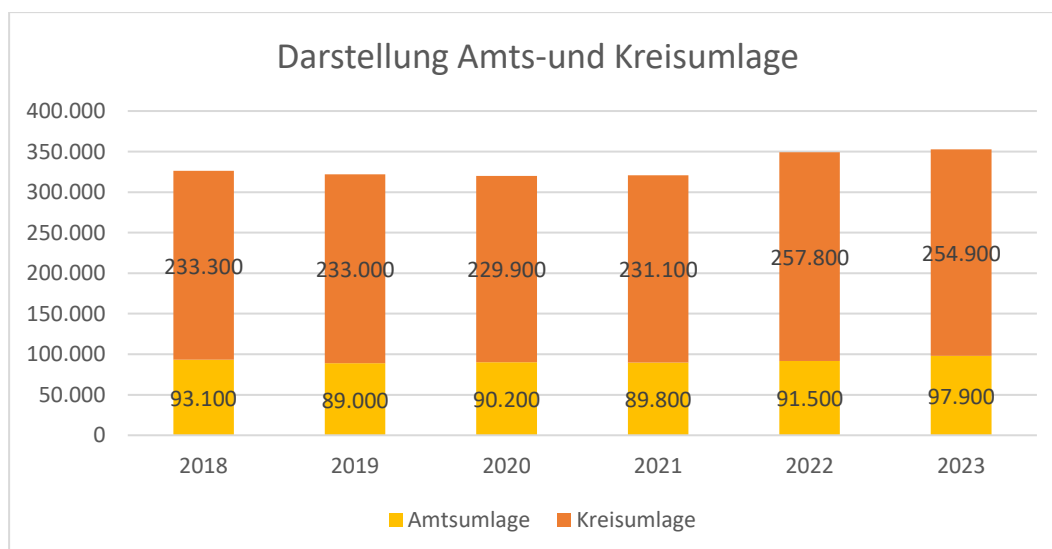
3.3. Entwicklung Amtsumlage und Kreisumlage

Die Kreisumlage und die Amtsumlage sind die von den kreisangehörigen Gemeinden an den Landkreis und das Amt zu zahlenden Umlagen zur Finanzierung von erbrachten öffentlichen Leistungen. Die Höhe der von der Gemeinde Knorrendorf zu entrichtenden Kreisumlage errechnet sich über die Multiplikation der Umlagegrundlage mit dem Umlagesatz. Die Höhe des Umlagesatzes wird vom Kreistag beschlossen und über die Haushaltssatzung festgesetzt. Die Umlagegrundlage basiert auf der gemeindlichen Steuerkraft und den gemeindlichen Schlüsselzuweisungen. In die Steuerkraft fließen die Steuerkraftzahlen für die Gewerbesteuer, der gemeindliche Einkommensteueranteil, die Grundsteuer A und B und der gemeindliche Umsatzsteueranteil ein.

Die Zahlung der Amtsumlage erfolgt auf Basis eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen der Reuterstadt Stavenhagen und den amtsangehörigen Gemeinden vom 10.12.2004.

Die Amtsumlage steigt im aktuellen Haushaltsjahr um 6.400 € auf insgesamt 97.900 €. Bei der Kreisumlage ist eine Abnahme von 2.900 € gegenüber 2022 zu verzeichnen. Ursache ist die Veränderung der Umlagegrundlagen.

Der Kreisumlagesatz beträgt im Jahr 2023 43,294 %.



3.4. Einführung des NKHR M-V

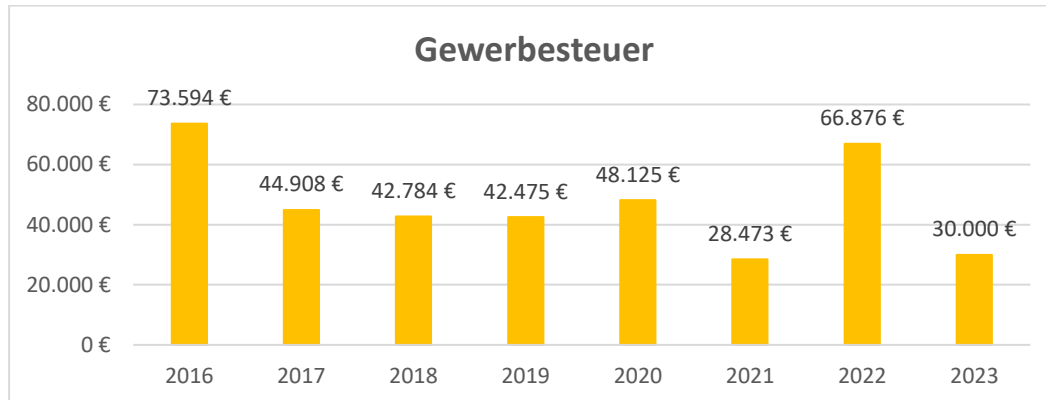
Das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen trägt zur Generationengerechtigkeit bei. Dies erfolgt insbesondere durch die Abbildung des Ressourcenverbrauches im Ergebnishaushalt. So belasten die nicht durch Sonderposten gedeckten Abschreibungen den Haushalt der Gemeinde Knorrendorf und erschweren den Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt.

Abschreibungen sind zahlungsneutral und verursachen keine Auszahlungen. Im Ergebnishaushalt der Gemeinde Knorrendorf wurden Abschreibungen in Höhe von insgesamt 103.400 € geplant. Sonderposten wurden in Höhe von 25.800 € geplant, sodass die nicht durch Sonderposten gedeckten Abschreibungen 77.600 € betragen.

3.5. Entwicklung der Realsteuern

3.5.1. Gewerbesteuer

Das Gewerbesteueraufkommen der Gemeinde Knorrendorf unterliegt teilweise erheblichen Schwankungen.



Entwicklung der Hebesätze der Gewerbesteuer

Jahr	Gemeinde Knorrendorf	Gewogener Durchschnittshebesatz Gemeinden unter 1.000 Einwohner
2016	340 v. H.	322 v. H.
2017	340 v. H.	327 v. H.
2018	340 v. H.	344 v. H.
2019	340 v. H.	344 v. H.
2020	340 v. H.	331 v. H.
2021	340 v. H.	338 v. H.
2022	340 v. H.	339 v. H.
2023	340 v. H.	350 v. H.

Der Hebesatz der Gewerbesteuer beträgt im Jahr 2023 340 v. H. und liegt somit 10 Hebesatzpunkt unter dem gewogenen Durchschnittshebesatz.

3.5.2. Grundsteuer A und B

Entwicklung der Hebesätze der Grundsteuer A und B

Jahr	Gemeinde Knorrendorf		Gewogener Durchschnittshebesatz Gemeinden unter 1.000 Einwohner	
	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Grundsteuer A	Grundsteuer B
2016	280 v. H.	350 v. H.	282 v. H.	354 v. H.
2017	280 v. H.	350 v. H.	294 v. H.	362 v. H.
2018	300 v. H.	380 v. H.	314 v. H.	368 v. H.
2019	300 v. H.	380 v. H.	314 v. H.	368 v. H.
2020	320 v. H.	380 v. H.	319 v. H.	375 v. H.
2021	320 v. H.	380 v. H.	320 v. H.	378 v. H.
2022	320 v. H.	380 v. H.	329 v. H.	386 v. H.
2023	320 v. H.	380 v. H.	330 v. H.	388 v. H.

Der Hebesatz der Grundsteuer A beträgt im Jahr 2023 320 v. H. und liegt somit 10 Hebesatzpunkte unter dem gewogenen Durchschnittshebesatz.

Der Hebesatz der Grundsteuer B beträgt im Jahr 2023 380 v. H. und liegt somit 8 Hebesatzpunkte unter dem gewogenen Durchschnittshebesatz.

3.6. Anpassung der Hebesätze für die Realsteuern

Mit der Haushaltssatzung 2023 werden die Hebesätze für die Realsteuern wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A 320 v. H.
 Grundsteuer B 380 v. H.
 Gewerbesteuer 340 v. H.,

d.h. keine Veränderung der Hebesätze im Vergleich zum Haushaltsjahr 2022.

1. Antragstellung nach § 27 FAG M-V

Die Gemeinde Knorrendorf befindet sich in der Haushaltssicherung. Es wird nach derzeitigem Stand der Planung kein Haushaltsausgleich in den Folgejahren erreicht werden. Für diese Kommunen wurden im § 27 FAG M-V Regelungen zu Hilfen zum Erreichen des Haushaltsausgleichs, Sonderzuweisungen, getroffen.

Im Schreiben des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung M-V vom 26.09.2022 – Orientierungsdaten zum kommunalen Finanzausgleich 2023 für die Haushaltsplanung 2023 – wurden folgende Hinweise gegeben:

„Erforderliche Hebesätze im Haushaltsjahr 2023

Um nach § 27 FAG m-V in 2023 Mindestzuweisungen (Absatz 1) oder Sonder- und Ergänzungszuweisungen (Absatz 2) erhalten zu können, haben kreisangehörige Gemeinden (ohne große kreisangehörige Städte) nach dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen die Hebesätze für Realsteuern für das Haushaltsjahr 2023 so festzusetzen, dass sie mindestens

20 Hebesatzpunkte über dem gewogenen Durchschnittshebesatz der Gemeindegroßenklasse des Haushaltsjahres 2021 liegen.“

von...bis unter... Einwohnern	Grundsteuer A		Grundsteuer B		Gewerbsteuer	
	Gewogener Durchschnitts- hebesatz	+ 20 Hebesatz- punkte	Gewogener Durchschnitts- hebesatz	+ 20 Hebesatz- punkte	Gewogener Durchschnitts- hebesatz	+ 20 Hebesatz- punkte
unter 1.000	330	350	388	408	350	370

Somit müssten die Hebesätze für die Realsteuern im Haushaltsjahr 2023 wie folgt festgesetzt werden:

Grundsteuer A	350 v. H.	(Erhöhung um 30 v. H.)
Grundsteuer B	408 v. H.	(Erhöhung um 28 v. H.)
Gewerbsteuer	370 v. H.	(Erhöhung um 30 v. H.)

Durch die nicht erfolgte Anhebung der Hebesätze der Realsteuern für das Haushaltsjahr 2023 sind folgende Verluste an Erträgen/ Einzahlungen zu verzeichnen:

Grundsteuer A

Hebesatz Gemeinde Knorrendorf	320 v. H.
Planansatz 2023	29.800 €
erforderlicher Hebesatz	350 v. H.
Berechnung Steueraufkommen 2023	32.600 €
Differenz Plan / Berechnung	2.800 €

Grundsteuer B

Hebesatz Gemeinde Knorrendorf	380 v. H.
Planansatz 2023	57.300 €
erforderlicher Hebesatz	408 v. H.
Berechnung Steueraufkommen 2023	61.500 €
Differenz Plan / Berechnung	4.200 €

Gewerbsteuer

Hebesatz Gemeinde Knorrendorf	340 v. H.
Planansatz 2023	30.000 €
erforderlicher Hebesatz	370 v. H.
Berechnung Steueraufkommen 2023	32.600 €
Differenz Plan / Berechnung	2.600 €

Insgesamt verzichtet die Gemeinde Knorrendorf auf Erträge / Einzahlungen in Höhe von 9.600 € im Haushaltsjahr 2023.

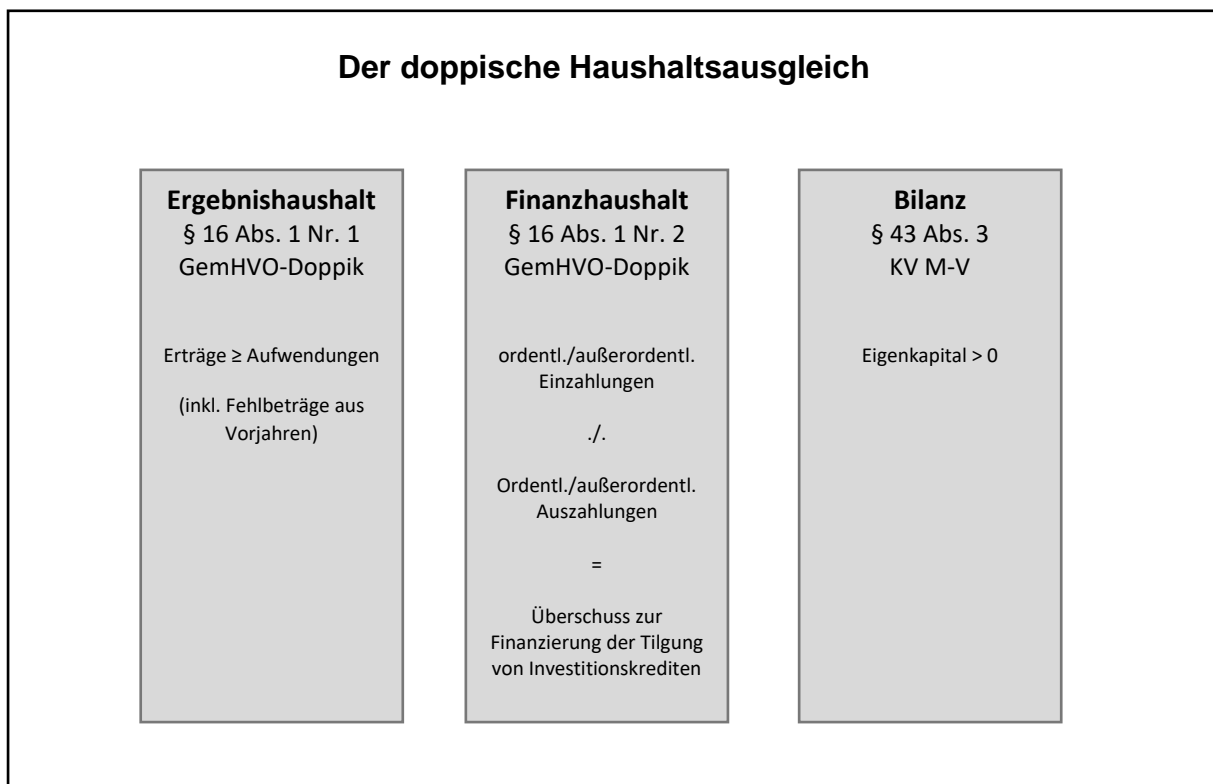
Um den Haushaltsausgleich trotz steigender Belastungen (z.B. für Energiekosten) in den kommenden Jahren zu sichern sind Maßnahmen erforderlich, die zu einer Erhöhung der laufenden Erträge/Einzahlungen oder zu einer Senkung der laufenden Aufwendungen/Auszahlungen führen. Es ist insoweit vorgesehen, das Niveau der Hebesätze, dem Vorschlag der Unteren Rechtsaufsicht folgend, um 20 Punkte über den Landesdurchschnitt in den Folgejahren anzuheben.

Eine Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer führt nach der Unternehmenssteuerreform 2008 nur bei Kapitalgesellschaften zu steuerlichen Mehrbelastungen. Personenunternehmen – und die überwiegende Mehrheit der gemeindlichen Gewerbesteuerzahler sind Personenunternehmen – werden durch die Anrechnung der gezahlten Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer inkl. Solidaritätszuschlag steuerlich entlastet. Insoweit werden mit der Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer drei Ziele erreicht: die Personenunternehmen werden entlastet, der Standort wird gestärkt und gleichzeitig wird das kommunale Steueraufkommen erhöht.

4. Zielsetzung, Bindungswirkung und Handlungsfelder

4.1. Zielsetzung

Ziel des Haushaltssicherungskonzeptes ist es, die Gemeinde Knorrendorf wieder in die Lage zu versetzen, ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben unter Beachtung der Generationengerechtigkeit nachhaltig gesichert ist (vgl. § 43 KV M-V). Mit dieser Zielstellung geht die dauerhafte Erreichung des Haushaltsausgleiches im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt einher. Des Weiteren soll eine bilanzielle Überschuldung verhindert werden.



4.2. Bindungswirkung

Die Erreichung der Haushaltskonsolidierung ist im Rahmen eines jährlich fortzuschreibenden Haushaltssicherungskonzeptes zu dokumentieren. Das beschlossene Haushaltssicherungskonzept ist Handlungsmaßgabe für die Verwaltung und bindet die Gemeindevertretung sowie deren Ausschüsse bei allen Beschlüssen. Anträge und Beschlussfassungen gemäß § 31 Absatz 2 KV M-V, die Maßnahmen des Konzeptes

entgegenstehen bzw. deren Umsetzung verhindern oder verzögern, sind rechtswidrig, soweit nicht unmittelbar zusätzliche, gleichermaßen geeignete Maßnahmen zur Haushaltssicherung beschlossen werden. Als Maßnahmen der Gemeinde gelten in diesem Zusammenhang keine Mehreinnahmen und/oder Minderausgaben, deren Entwicklung die Stadt nicht beeinflussen kann. Diese sind zusätzlich zur Reduzierung der Fehlbeträge heranzuziehen.

Mit der Umsetzung von auf dieser Basis zulässigen Beschlüssen kann erst nach Umsetzung der kompensierenden zusätzlichen Haushaltssicherungsmaßnahmen begonnen werden. Anträge sowie Beschlussvorlagen der Verwaltung, die die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes verzögern oder diesen entgegenstehen, müssen zusätzliche neue Maßnahmen benennen, die die entstehenden Mehrausgaben oder Mindereinnahmen vollständig kompensieren. Dabei ist auf die Eignung der neuen Maßnahmen einzugehen.

Die Gemeindevertretung ist mindestens jährlich über den Stand der Haushaltskonsolidierung und die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zu unterrichten. Des Weiteren sind Beschlussvorlagen, die mit finanziellen Auswirkungen verbunden sind, mit den Vorgaben und Zielen des Haushaltssicherungskonzeptes abzustimmen. Ein entsprechender Nachweis hat in der Beschlussvorlage zu erfolgen.

4.3. Handlungsfelder

Im Haushaltssicherungskonzept sind Maßnahmen darzustellen, durch die der Haushaltsausgleich erreicht und eine geordnete Haushaltswirtschaft auf Dauer sichergestellt werden soll. Als Orientierungshilfe werden in diesem Zusammenhang vom Ministerium für Inneres und Sport M-V immer wieder nachfolgende Konsolidierungsbereiche genannt, aus denen Maßnahmen zur Erhöhung der Erträge/Einzahlungen und Maßnahmen zur Senkung der Aufwendungen/Auszahlungen abzuleiten sind:

1. Anpassung der Hebesätze vor allem der kreisangehörigen Gemeinden mindestens auf den Durchschnitt dieser Ebene;
2. verstärkte kommunale Zusammenarbeit in einzelnen Arbeitsbereichen wie z. B. Zusammenlegung der Leitstellen, Katasterämter, Musikschulen und Volkshochschulen, im Bereich der Bußgeldstellen, der Personalverwaltung, im Bereich Soziales und der EDV;
3. Erhebung von Ausgleichsbeiträgen für Sanierungsgebiete;
4. Erhebung von Sondernutzungsgebühren;
5. Höhe der Gebühren z. B. der Stadtbücherei überprüfen: Erhebung einer zusätzlichen Gebühr für die Ausleihe elektronischer Medien (CD, DVD);
6. Maßvolles Entgelt für die Nutzung der Sporthalle für den Erwachsenensport;
7. Erhebung von Strandnutzungsgebühren für Einwohnerinnen und Einwohner in Tourismusgemeinden;
8. Überprüfung der Höhe der Fremdenverkehrsabgabe;
9. regelmäßige Überprüfung der in die Gebühren der kostenrechnenden Einrichtungen einfließenden Verwaltungskostenbeiträge;

10. regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung der Höhe der Erbbauzinsen;
11. regelmäßige Überprüfung der Entgelte für die Nutzung der eigenen Räumlichkeiten der Kommune durch Dritte;
12. Nutzung von Einsparmöglichkeiten bei freiwerdenden Stellen durch Prüfung, ob die Stelle ganz oder teilweise eingespart werden kann bzw. eine mehrmonatige Wiederbesetzungssperre erfolgt;
13. Überprüfung des Versicherungsschutzes der Gemeinde;
14. Verzicht auf Ausschöpfung der Höchstsätze für Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder;
15. regelmäßige und gebündelte Ausschreibung von Wartungsverträgen für technische Anlagen;
16. regelmäßige und gebündelte Ausschreibung von Lieferverträgen für Medienversorgung (z.B. Energie);
17. Überprüfung der Gewährung von Leistungen für Kosten der Unterkunft (Einhaltung der Mietobergrenze, Heizungs- und Betriebskostenabrechnung);
18. Überprüfung der Standards bei der Pflege öffentlicher Grünflächen;
19. Einbeziehung der Sondervermögen und Gesellschaften in die Haushaltskonsolidierung durch Prüfung der Möglichkeiten einer Verbesserung der Ertragslage, Erhöhung der Gewinnabführung an den Haushalt oder Reduzierung des Zuschussbedarfs aus dem Haushalt;
20. Zusammenarbeit von Verwaltungen bei einzelnen Aufgabenbereichen, insbesondere von Verwaltungen des Umlandes von zentralen Orten mit der Verwaltung des zentralen Ortes.

Die aufgezählten Handlungsfelder bzw. Konsolidierungsbereiche wurden im Rahmen der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes geprüft und bei Eignung als Konsolidierungsvorschlag aufgenommen.

5. Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

In der nachfolgenden Übersicht werden jene Maßnahmen beschrieben, die im Haushaltssicherungskonzept 2022 enthalten waren. Hierbei werden die haushaltswirksamen Effekte einer jeden Maßnahme ebenso dargestellt, wie die eingeleiteten Umsetzungsmaßnahmen und die Gründe für einen möglichen Verzug. Des Weiteren erfolgt eine Fortschreibung bzw. Aktualisierung noch nicht umgesetzter Maßnahmen.

5.1. Umsetzung der Konsolidierungsvorschläge 2021/2022

5.1.1. Erträge und Einzahlungen

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Begründung	Plan 2021	Plan 2022	Ist per 31.12.2022	Konsolidierungseffekt (zu 2021) Planansätze 2023 ff.			
							Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
							in €			
11402	44110000	Liegenschaften Erträge Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	Erhöhung der Mieterträge und Mieteinzahlungen	2.600	4.000	3.918,49	4.000	4.000	4.000	4.000
11402	64110000	Liegenschaften Einzahlungen Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	Eine Erhöhung erfolgte nicht, somit konnte das Konsolidierungsziel nicht erreicht werden.	2.600	4.000	3.590,79	4.000	4.000	4.000	4.000
11408	44110001	Gemeindliche Wohnungen Erträge Miete	Erhöhung der Mieterträge und Mieteinzahlungen	180.000	180.000	212.189,43	200.000	210.000	220.000	230.000
11408	64110001	Gemeindliche Wohnungen Einzahlungen Miete	Eine Erhöhung erfolgte nicht, somit konnte das Konsolidierungsziel nicht erreicht werden.	180.000	180.000	208.932,21	200.000	210.000	220.000	230.000
61100	40111000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Erträge aus Grundsteuer A	Erhöhung der Grundsteuer A auf 20 % Punkte über den gewogenen Durchschnittshebesatz	29.300	29.100	29.976,48	29.800	36.000	36.000	36.000
61100	60111000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Einzahlungen aus Grundsteuer A	Eine Erhöhung erfolgte nicht, somit konnte das Konsolidierungsziel nicht erreicht werden.	29.300	29.100	30.630,27	29.800	36.000	36.000	36.000
61100	40121000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Erträge aus Grundsteuer B	Erhöhung der Grundsteuer B auf 20 % Punkte über den gewogenen Durchschnittshebesatz	57.300	57.300	57.268,33	57.300	70.000	70.000	70.000

Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Knorrendorf

61100	60121000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Einzahlungen aus Grundsteuer B	Eine Erhöhung erfolgte nicht, somit konnte das Konsolidierungsziel nicht erreicht werden.	57.300	57.300	57.409,20	57.300	70.000	70.000	70.000
61100	40131000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Erträge aus Gewerbesteuer	Erhöhung der Gewerbesteuer auf 20 % Punkte über den gewogenen Durchschnittshebesatz	30.000	30.000	56.808,29	30.000	39.000	39.000	39.000
61100	60131000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Einzahlungen aus Gewerbesteuer	Eine Erhöhung erfolgte nicht, somit konnte das Konsolidierungsziel nicht erreicht werden.	30.000	30.000	66.876,29	30.000	39.000	39.000	39.000
Summe Planansätze und IST-Vergleich (EHH)				299.200	300.400	360.161,02	321.100	359.000	369.000	379.000
Summe Planansätze und IST-Vergleich (FHH)				299.200	300.400	367.438,76	321.100	359.000	369.000	379.000
Konsolidierungseffekt Ergebnishaushalt					1.200	60.961,02	21.900	59.800	69.800	79.800
Konsolidierungseffekt Finanzhaushalt					1.200	68.238,76	21.900	59.800	69.800	79.800

Trotzdem die Konsolidierungsmaßnahmen nicht umgesetzt wurden, konnte doch eine Steigerung der Erträge und Einzahlungen verzeichnet werden.

Der Konsolidierungseffekt lag planmäßig bei jeweils 1.200 € und liegt im Ergebnishaushalt bei 60.961,02 € und im Finanzhaushalt bei 68.238,76 €. Das Konsolidierungsziel 2022 wurde im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt erreicht.

5.1.2. Aufwendungen und Auszahlungen

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Begründung	Plan 2021	Plan 2022	Ist per 31.12.2022	Konsolidierungseffekt (zu 2021) Planansätze 2023 ff.			
							Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
							in €			
11104	50110000	Gemeindevertretung Aufwand für ehren- amtliche Tätige (Bgm.)	Einsparungen bei den Aufwendungen und Auszahlungen	12.000	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200
11104	70110000	Gemeindevertretung Auszahlung für ehren- amtliche Tätige (Bgm.)	Das Konsolidierungsziel konnte erreicht werden	12.000	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200
11104	56131000	Gemeindevertretung Aufwand für Fahrkostenerstattungen	Einsparungen bei den Aufwendungen und Auszahlungen	1.000	200	0	200	200	200	200
11104	76131000	Gemeindevertretung Auszahlung für Fahrkostenerstattungen	Das Konsolidierungsziel konnte erreicht werden	1.000	200	0	200	200	200	200
11401	56210000	Gemeindebüro Aufwendungen für Miete und Pachten	Einsparungen bei den Aufwendungen und Auszahlungen	1.000	0	0	0	0	0	0
11401	76210000	Gemeindebüro Auszahlungen für Miete und Pachten	Das Konsolidierungsziel konnte erreicht werden	1.000	0	0	0	0	0	0
Summe Planansätze und IST-Vergleich (EHH)				14.000	7.400	7.200	7.400	7.400	7.400	7.400
Summe Planansätze und IST-Vergleich (FHH)				14.000	7.400	7.200	7.400	7.400	7.400	7.400
Konsolidierungseffekt Ergebnishaushalt				14.000	6.600	6.800	6.600	6.600	6.600	6.600
Konsolidierungseffekt Finanzhaushalt				14.000	6.600	6.800	6.600	6.600	6.600	6.600

Der Konsolidierungseffekt lag planmäßig bei jeweils 6.600 € und liegt im Ergebnishaushalt sowie im Finanzhaushalt bei 6.800 €. Das Konsolidierungsziel 2022 wurde somit im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt erreicht.

5.2. Neue Konsolidierungsvorschläge

In der folgenden Übersicht werden Maßnahmen beschrieben, mit deren Hilfe die bestehenden Fehleinträge im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt dauerhaft abgebaut werden sollen. Die Konsolidierungsvorschläge werden produktbezogen dargestellt. Soweit sich ein Konsolidierungsvorschlag auf den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt auswirkt, werden sowohl das Ertrags- und Einzahlungskonto bzw. das Aufwands- und Auszahlungskonto aufgeführt.

Mit Hilfe des in der Tabelle dargestellten Konsolidierungseffektes soll aufgezeigt werden, welche "Mehreinnahme" oder „Minderausgabe“ sich in den Haushaltsfolgejahren gegenüber dem Haushalt 2022 ergibt.

Die Umsetzung der von der Gemeindevertretung beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen obliegt dem jeweils zuständigen Sachbearbeiter in der Stadtverwaltung Stavenhagen. Die Verantwortungsbereiche sind verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes eigenständig zu ergreifen. Um die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zu gewährleisten, haben die Verantwortungsbereiche die umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltssicherung zu dokumentieren und gegenüber der Kämmerei abzurechnen. Ein Beschluss über die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes, wie in § 43 Abs. 8 KV-MV gefordert, liegt der unteren Rechtsaufsichtsbehörde vor.

5.2.1. Erträge und Einzahlungen

Produkt	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Begründung der Änderung ab 2023/2024	Konsolidierungseffekt (zu 2022) Planansätze 2024 ff.			
						Ansatz 2024	Veränderung 2023 zu 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
in €									
61100	40111000	Steuern und ähnliche Abgaben Erträge aus der Grundsteuer A	29.100	29.800	Erhöhung des Hebesatzes auf 20 % Punkte über den gewogenen Durchschnitts- hebesatz von 320 % auf 350 %	32.600	2.800	32.600	32.600
61100	60111000	Steuern und ähnliche Abgaben Einzahlungen aus der Grundsteuer A	29.100	29.800		32.600	2.800	32.600	32.600
61100	40121000	Steuern und ähnliche Abgaben Erträge aus der Grundsteuer B	57.300	57.300	Erhöhung des Hebesatzes auf 20 % Punkte über den gewogenen Durchschnitts- hebesatz von 380 % auf 408 %	62.300	5.000	62.300	62.300
61100	60121000	Steuern und ähnliche Abgaben Einzahlungen aus der Grundsteuer B	57.300	57.300		62.300	5.000	62.300	62.300
61100	40131000	Steuern und ähnliche Abgaben Erträge aus der Gewerbsteuer	30.000	30.000	Erhöhung des Hebesatzes auf 20 % Punkte über den gewogenen Durchschnitts- hebesatz von 340 % auf 370 %	32.600	2.600	32.600	32.600
61100	60131000	Steuern und ähnliche Abgaben Einzahlungen aus der Gewerbsteuer	30.000	30.000		32.600	2.600	32.600	32.600
11408	44110001	Gemeindliche Wohnungen Erträge aus der Miete	180.000	200.000	Erhöhung der Mieterträge und Mieteinzahlungen	210.000	30.000	220.000	230.000

Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Knorrendorf

11408	64110001	Gemeindliche Wohnungen Einzahlungen aus der Miete	180.000	200.000		210.000	30.000	220.000	230.000
57302	44110000	Gemeindezentrum Erträge aus Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	500	1.000	Überprüfung und Anpassung der Nutzungsentgelte kommunaler Einrichtungen	2.000	1.500	2.000	2.000
57302	64110000	Gemeindezentrum Einzahlungen aus Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	500	1.000		2.000	1.500	2.000	2.000
Summe Ergebnishaushalt			296.900	318.100		339.500	41.900	349.500	359.500
Summe Finanzhaushalt			296.900	318.100		339.500	41.900	349.500	359.500
Konsolidierungseffekt EHH			21.100	21.200		42.600	21.100	52.600	62.600
Konsolidierungseffekt FHH			21.100	21.200		42.600	21.100	52.600	62.600

Der Konsolidierungseffekt für das Jahr 2023 beträgt bei den Erträgen und bei den Einzahlungen jeweils 21.100 €.

5.2.2. Minderaufwendungen und -auszahlungen

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Begründung	Plan 2022	Plan 2023	Konsolidierungseffekt	Konsolidierungseffekt (zu 2022) Planansätze 2024 ff.		
							Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
							in €		
11104	56930000	Gemeindevertretung Aufwendungen für Repräsentationen	Einsparungen bei den Aufwendungen und Auszahlungen	500	200	300	200	200	200
11104	76930000	Gemeindevertretung Auszahlungen für Repräsentationen		500	200	300	200	200	200
36602	52312000	Spielplätze Aufwendung für Unterhaltung der Außenanlagen	Einsparungen bei den Aufwendungen und Auszahlungen	600	500	100	200	200	200
36602	72312000	Spielplätze Auszahlungen für Unterhaltung der Außenanlagen		600	500	100	200	200	200
36602	52370000	Spielplätze Aufwendung für Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	Einsparungen bei den Aufwendungen und Auszahlungen	1.100	700	400	500	500	500
36602	72370000	Spielplätze Auszahlungen für Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.100	700	400	500	500	500
42100	54190000	Förderung des Sports Aufwendungen für Zuweisungen und	Einsparungen bei den Aufwendungen und Auszahlungen	100	0	100	0	0	0

Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Knorrendorf

		Zuschüsse für laufende Zwecke							
42100	74190000	Förderung des Sports Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke		100	0	100	0	0	0
Summe Planansätze und IST-Vergleich (EHH)				2.300	1.400	900	900	900	900
Summe Planansätze und IST-Vergleich (FHH)				2.300	1.400	900	900	900	900
Konsolidierungseffekt Ergebnishaushalt					900	900	1.400	1.400	1.400
Konsolidierungseffekt Finanzhaushalt					900	900	1.400	1.400	1.400

Der Konsolidierungseffekt für 2023 liegt bei den Aufwendungen und den Auszahlungen jeweils bei 900 €.

5.3. Konsolidierungseffekte bis 2026

Die in das Haushaltssicherungskonzept aufgenommenen Konsolidierungsvorschläge führen ab dem Jahr 2022 zu einer Verbesserung des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes der Gemeinde Knorrendorf. Das bis zum Jahr 2025 berechnete Konsolidierungspotenzial beläuft sich auf insgesamt 319.100 € im Ergebnis- und Finanzhaushalt.

Konsolidierungseffekt	2023	2024	2025	2026
Mehrerträge	21.200 €	42.600 €	52.600 €	62.600 €
Mehreinzahlungen	21.200 €	42.600 €	52.600 €	62.600 €
Minderaufwendungen	900 €	1.400 €	1.400 €	1.400 €
Minderauszahlungen	900 €	1.400 €	1.400 €	1.400 €
Konsolidierungspotential Ergebnishaushalt	22.100 €	44.000 €	54.000 €	64.000 €
	184.100 €			
Konsolidierungspotential Finanzhaushalt	22.100 €	44.000 €	54.000 €	64.000 €
	184.100 €			

Mit Hilfe der vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltssicherung ist es nicht möglich das strukturelle Defizit in beiden Haushaltsteilen erheblich zu reduzieren. Ein dauerhafter Ausgleich des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes kann innerhalb des geforderten Konsolidierungszeitraumes nicht erreicht werden. An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass der gesamte Prozess der Haushaltskonsolidierung von Risikofaktoren beeinflusst wird, die von der Gemeinde Knorrendorf nicht oder nur bedingt gesteuert werden können.

So können eine Erhöhung der Kreisumlage oder eine Übertragung von neuen Aufgaben durch das Land die Konsolidierungsbemühungen der Gemeinde negativ beeinflussen und Konsolidierungserfolge mitunter sogar aufheben. Auch muss hier auf die momentane politische Lage hingewiesen werden, die eine Einschätzung der Energieaufwendungen und -auszahlungen erheblich erschwert. Eine Normalisierung der Energiepreise ist momentan nicht absehbar.

Im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes muss es das Ziel sein, das strukturelle Defizit im Finanz- und Ergebnishaushalt weiter zu verringern. Ein Abbau des strukturellen Defizits kann nur über eine Verbesserung des „Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen“ erreicht werden. Dies setzt voraus, dass alle Einnahmequellen und Möglichkeiten der Ausgabereduzierung ausgeschöpft werden. Eine Verbesserung des „Saldos der laufenden Erträge und Aufwendungen“ würde sich ebenso positiv auf den Ergebnishaushalt auswirken.

Gleichzeitig ist im Rahmen der Haushaltskonsolidierung darauf hinzuwirken, dass Investitionen nur noch dann getätigt werden, wenn sie ohne neue Kreditaufnahmen finanziert werden können, da jede Kreditaufnahme das strukturelle Defizit über die sich anschließende Tilgung weiter erhöht. Kreditaufnahmen für Investitionsmaßnahmen sollten in Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation im Finanzhaushalt nur noch in folgenden Fällen erfolgen:

- zur Finanzierung rentierlicher Vorhaben, wenn auch die Folgekosten durch Einnahmen gedeckt werden, bzw. maßnahmenbedingt Minderausgaben auf Dauer nachgewiesen werden; rentierliche gebührenfinanzierte Maßnahmen sind solche, die den laufenden Haushalt auch in Zukunft entlasten;
- zur Finanzierung sachlich und zeitlich unabweisbar notwendiger Ersatzinvestitionen,

soweit diese nicht aus Eigenmitteln finanziert werden können;

- im Einzelfall unter Nachweis der Wirtschaftlichkeit, wenn dieses durch aussagekräftige Unterlagen nach den Vorgaben des § 9 Abs. 2 und 3 GemHVO belegt ist (vorherige Kosten-Nutzenanalyse, Veranschlagungsreife).

Im Bereich der Investitionen ist ebenfalls zu berücksichtigen, dass Maßnahmen, die ohne Fördermittel durchgeführt werden, vollständig über den Ergebnishaushalt abgeschrieben werden und damit auch dort den Haushaltsausgleich erschweren.

6. Fazit und Ausblick

Die Gemeinde Knorrendorf weist eine weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit auf. Kassenkredite wurden bis zum 31.12.2022 nicht in Anspruch genommen.

Mit Schreiben vom 12.09.2022 hat die untere Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte die Gemeinde Knorrendorf dazu verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen. In Ausführung dieser rechtsaufsichtsbehördlichen Anordnung wurden Konsolidierungsvorschläge erarbeitet, die im Haushalt 2023 und im Haushaltssicherungskonzept berücksichtigt wurden.

Mit Hilfe dieser Vorschläge konnte noch keine Verbesserung der Haushaltssituation bis zum Jahr 2026 erreicht werden, das strukturelle Defizit im Ergebnis- und Finanzhaushalt lässt sich nicht abbauen. Dies hat zur Folge, dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Knorrendorf nicht gegeben ist. Die Frage, wann der Haushaltsausgleich in beiden Haushaltsteilen wieder erreicht wird, kann auch im vorliegenden Haushaltssicherungskonzept nicht beantwortet werden. Ein entsprechender Konsolidierungszeitpunkt muss in den Folgejahren im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes ermittelt werden.

In diesem Zusammenhang ist jedoch festzuhalten, dass eine Rückgewinnung der dauernden Leistungsfähigkeit nicht ausschließlich über Steuererhöhungen, neue Abgaben oder über eine weitere Verschuldung möglich ist. Im Bereich der Aufwendungen/Auszahlungen sind aus heutiger Sicht nur noch im geringen Umfang Einsparpotentiale zu realisieren. Die Einsparungen würde den Instandhaltungstau weiter verschärfen. Es ist anzumerken, dass die Aufwendungen und Auszahlungen für pflichtige Aufgaben stark steigen, im Gegensatz dazu steigen die Einnahmen jedoch nicht in gleicher Höhe.

Investive Maßnahmen sind auf ein Minimum beschränkt und werden i.d.R. nur mit entsprechenden Fördermitteln durchgeführt. Die dadurch im investiven Bereich freigesetzten Mittel sollen mit Genehmigung der Rechtsaufsicht in den laufenden Haushalt überführt werden.

Bei den zukünftigen Haushaltsplanungen wird verstärkt auf die laufenden Ein- und Auszahlungen bzw. Aufwendungen und Erträge der pflichtigen Aufgaben geachtet, bevor freiwillige Ein- und Auszahlungen bzw. Aufwendungen und Erträge und Investitionen geplant werden, welche nicht bereits einer bestehenden Rechtsverbindlichkeit unterliegen.

Viel mehr Möglichkeiten zur Einsparung von Aufwendungen/Auszahlungen bzw. Erhöhung der Erträge/Einzahlungen als in den vorgeschlagenen Maßnahmen hat die Gemeinde Knorrendorf nicht.

Der ländliche Raum hat kaum Möglichkeiten Gewerbe anzusiedeln. Hier steht der landwirtschaftliche Einzelbetrieb im Vordergrund.

Die Lebensqualität soll aber in allen Ortsteilen aufrechterhalten bleiben.

Eine Vollkonsolidierung im Finanzplanungszeitraum kann in diesem Haushaltssicherungskonzept nicht aufgezeigt werden.

Ohne eine Verbesserung der Finanzausstattung der Gemeinden und einer Reduzierung der Amts- und Kreisumlage wird die Gemeinde Knorrendorf auch künftig nicht in der Lage sein ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Vom Überschussbetrag aus Steuern und Zuweisungen in Höhe von 609.800 € sind pflichtige Aufwendungen in Höhe von 615.300 € für Schulbeiträge, Wohnsitzanteile, Amts-, Kreis- und Gewerbesteuerumlage sowie Gemeindestraßen und Feuerwehr zu zahlen.

Knorrendorf, den 23.05.2023

S. Henke
Bürgermeister